

Nachdem die FARC zwei gefangene Angehörige der kolumbianischen Streitkräfte ohne Gegenleistungen freigelassen hat, stellt sich die Frage, wie es weitergehen könnte auf dem Weg zu einem humanitären Gefangenenaustausch.

Das Wochenmagazin SEMANA sieht da wenig Hoffnung, weil die FARC darauf besteht, dass auch ihre in die USA ausgelieferten und dort rechtskräftig verurteilten Mitglieder in ein solches Abkommen einbezogen werden müssen.

Auszug aus SEMANA-online vom 1.4.2010:

Gefangenenaustausch: Ein Schritt vorwärts und zwei zurück

Die FARC ließ ihre unverhandelbare Bedingung wieder aufleben, wonach die in die USA ausgelieferten Mitglieder auch ausgetauscht werden sollen.

Unter diesen Umständen dauern das Drama und das Leid der Familien an.

Die neue Verlautbarung der FARC bezüglich eines Gefangenenaustauschs, der zur Freilassung der noch 21 in ihrer Hand befindlichen Soldaten und Polizisten führen würde, dämpfte den Optimismus zu diesem Thema, der sich ausgebreitet hatte, nachdem Präsident Uribe erklärt hatte, er werde sich einer humanitären Vereinbarung nicht verschließen, falls die aus den Gefängnissen zu entlassenden Guerrilleros sich künftig aller Delikte enthielten.

Die Tatsache, dass die FARC darauf besteht, dass die in die USA ausgelieferten Nayibe Rojas Cabrera alias „Sonia“ und Ricardo Palmera alias „Simón Trinidad“ Teil eines Gefangenenaustausches sein sollen, wurde als neues Hindernis aufgefasst, das es unwahrscheinlich macht, einen Austausch in naher Zukunft zu bewerkstelligen. Die Forderung, die das Wiederaufleben einer unverhandelbaren Bedingung darstellt, wurde von der FARC in einer neuen Verlautbarung bestätigt, die von der Senatorin Piedad Córdoba bekannt gegeben wurde, nachdem die Freilassungsaktion des Unteroffiziers Pablo Emilio Moncayo beendet war.

Der Friedenskommissar Frank Pearl nahm am Mittwoch von der neuen Bedingung der FARC Kenntnis und bekannte, dass diese undurchführbar sei, da sie „nicht in den Händen der Regierung“ liege.

Seit einem Jahr hat die FARC darauf beharrt, dass „Sonia“ und „Trinidad“ in einen Gefangenenaustausch einbezogen werden. Aber bis zum vergangenen Dienstag wurde diese Forderung nicht mehr ausgesprochen.

Der Analyst León Valencia, Direktor der Organisation Nuevo Arco Iris, stellte fest, die Position der FARC habe sich „wieder verhärtet“, ein Umstand, durch den eine eventuelle Verhandlung komplizierter würde.

„Ein Gefangenenaustausch erfordert eine Verhandlung zwischen beiden Seiten. Wenn die FARC von Freilassung spricht, ist es logisch, dass sie damit auch „Sonia“ und „Trinidad“ meint, zumal sie stets die Auslieferung als besondere Konfrontation angesehen hat, die zudem die USA betrifft, ein Land, gegen das die FARC immer in besonderer Weise rebellierte“, sagt Valencia.

Doch Valencia zeigt einen verhaltenen Optimismus, dass die Mechanismen der US-Justiz es erlauben, Zugeständnisse hinsichtlich der Situation der ausgelieferten Guerrilleros zu machen.

Gleichwohl ist Luis Eladio Pérez, früherer Abgeordneter und sieben Jahre lang Gefangener der FARC, Pessimist. Er sagt, die neuerlichen Verlautbarungen sowohl der FARC als auch der Regierung zeigten, dass „keine politische Bereitschaft zu einem Austausch besteht“.

„Die Regierung und die Guerrilla haben diese Woche Botschaften zum Gefangenenaustausch ausgesandt. Aber alles was sie damit im Sinn haben, ist, vor der Weltöffentlichkeit gut dazustehen. Aber das sind nur Sophistereien zur Ablenkung“. Laut Luis Eladio Pérez fährt die Guerrilla fort, zu erpressen, und er versichert, dass sie so auch mit der neuen Regierung verfahren wird. „Die Art der Erpressung besteht darin, weiter „Trophäen“ in der Hand zu behalten, nämlich Kolumbianer, die ihre Gefangenen sind“.

Gegenüber der Forderung, Ausgelieferte in die Liste der Auszutauschenden aufzunehmen, vertritt Pérez die Auffassung, dass die USA sich nicht einmal erweichen ließen, als sich drei ihrer Staatsbürger in der Hand der FARC befanden, „und heute kümmert sie das noch viel weniger“, nachdem das kolumbianische Militär in der Operation vom 2. Juni 2008 sie befreit hat.

Andere glauben, dass die öffentliche Erregung, die durch die Freilassung von Calvo und Moncayo entstanden ist, die Debatte über den Gefangenenaustausch reaktivieren werde, aber dass im Laufe der Zeit sich das Thema wieder abkühlen werde, wie oft in den letzten zehn Jahren.

Die Aspiranten auf die Präsidentschaft (im Mai sind in Kolumbien Präsidentschaftswahlen, A.d.Ü.) stellten diese Woche ihre Positionen zum Gefangenenaustausch heraus. Man kann sie als gegensätzlich bezeichnen. Angelino Garzón, der Wahlkampfleiter von Juan Manuel Santos (nominiert als Nachfolger von der Partei Präsident Uribe A.d.Ü.), schloss einen Austausch aus und bestand auf der einseitigen Freilassung ihrer Gefangenen durch die FARC. Antanas Mockus versicherte, dass der Austausch eine Einladung darstellen könnte, neue Entführungen zu unternehmen. Ähnlich ist die Haltung von Germán Vargas Lleras, der sagt, „ein Gefangenenaustausch hieße, es zu akzeptieren, dass Entführungen weiterhin Instrument des politischen Kampfes bleiben.“ Noemí Sanín erklärte, man dürfe keinesfalls erneut die Schaffung entmilitarisierter Zonen zulassen. „Den Terroristen dürfen wir nicht glauben“, betonte sie. Gustavo Petro (Kandidat der Linken, A.d.Ü.) sagt, die Guerrilla habe keine andere Option als die einseitige Freilassung ihrer Gefangenen, und er würde einen Gefangenenaustausch nur akzeptieren, wenn er ein erster Schritt auf dem Weg zu einem definitiven Frieden wäre.....

Die internationale Gemeinschaft blieb nicht gleichgültig gegenüber der Verlautbarung der FARC, aber ihre Forderungen tendieren zur einseitigen Freilassung. Die UNO rief die Guerrilla erneut auf, alle Gefangenen (also nicht nur Soldaten und Polizisten, A.d.Ü.) „sofort und ohne Bedingungen freizulassen als unverzichtbaren Schritt zur Schaffung der Bedingungen für Versöhnung und Frieden zwischen allen Kolumbianern.“